

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
M. Serier, Industriehalle
Kirchhof-Zürich
Postsendungen
franco gegen franco.
Gemeinnützige Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2. — für die Schweiz (Arztgebühren)
Fr. 3. — für Deutschland (Gouverneur)
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Gouverneur)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Arztgebühren).

Inserate
Die dreispaltige Zeile
25 Cts. — 20 Wk.

Probenummer.

Sonntag, 28. September.

1879.

AVIS an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da unser Blatt voraussichtlich in Deutschland und Oesterreich sofort verfolgt werden wird und die hiesigen Behörden sich alle Mühe geben werden, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzulassen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Nachlässigkeit verübt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schädigen. Haupterforderniß ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größter Sicherheit Rekommandation. Soweit an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen aller Länder!

Mit Recht gilt die Vertretung einer Partei in der Presse als der beste Maßstab ihres äußeren Einflusses sowohl als ihrer inneren Durchbildung, sowie als wesentlichstes Mittel zu ihrer geistlichen Weiterentwicklung. Deshalb hat denn auch die Sozialdemokratie allezeit ein großes Gewicht auf ihre Presse gelegt, und die letztere hat, in demselben Maße wie die Partei selbst, seit ihrem Entstehen und namentlich seit den letzten zehn Jahren schnell und nachhaltig an Ausdehnung wie Gehalt zugenommen. Fast in allen zivilisierten und industriell einigermaßen entwickelten Ländern Europa's und Amerika's entstanden sozialistische Blätter, die sich aus kleinen Anfängen meist bald zu einflussreichen Organen der öffentlichen Meinung entwickelten, und ein Verzeichniß der sozialdemokratischen Presse aus dem vorigen Jahre vermochte bereits zirka sechzig in der Schweiz, Oesterreich-Ungarn, Dänemark, Belgien, Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland, Nord- und Südamerika erscheinende Blätter aufzuzählen.

Vor allem aber war es die sozialdemokratische Presse Deutschlands, welche mit ihrem halben Hundert politischer Organe und ihren zahlreichen gewerkschaftlichen Blättern eine formidable, auch von den Gegnern anerkannte Macht repräsentirte. Seit einem Jahr aber hat sich das bedeutend geändert. Die Thaten zweier Unzurechnungsfähiger gaben der deutschen Regierung den erwünschten Vorwand, die längst geplante allgemeine Reaktion durch eine Unterdrückung der Sozialdemokratie und vor Allem auch ihrer Presse einzuleiten. Das planmäßig geängstigte und verhehrte Bürgerthum aber fügte sich theils aus Bornirtheit und Feindschaft dem Willen der Regierung, theils stimmte es der inzidenten Sozialistenhege aus sinnloser Wuth gegen die nach Emanzipation ringenden Arbeiter zu.

So entstand das berüchtigte Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie. Seine Herrschaft bedeutete natürlich die Unterdrückung der sozialdemokratischen Presse, und binnen Kurzem war das letzte der ehemals so schneidigen Organe verschwunden. Zwar versuchten die Genossen, zähe und unentmuthigt, hie und da neue Blätter herauszugeben; allein dieselben wurden trotz ihres Bestrebens, den Schärpen des Ausnahmengesetzes zu entgehen, jedesmal alsbald wieder unterdrückt.

Auch jetzt geben freilich verschiedene Genossen in einigen deutschen Städten noch Zeitungen heraus; allein trotzdem die mancherlei Vortheile solcher Organe, und seien dieselben auch noch so gemäßig gehalten, nicht verkannt werden dürfen (wie wir denn auch die Herausgabe derselben und ihre Unterstützung durch die deutschen Genossen aus verschiedenen Gründen nur billigen können), so können sie doch einen auch nur theilweisen Ersatz für die frühere Parteipresse in keiner Weise bilden. Denn nicht genug, daß in ihnen auch die leiseste Kritik unserer elenden Gesellschaftsorganisation prinzipiell vermieden werden muß, bringt selbst die bloße politische Freisinnigkeit, ja schon einfache tadelnde Besprechung beliebiger öffentlicher Einrichtungen die Blätter täglich in Gefahr. So können sich diese Organe bei der dormaligen Handhabung des Gesetzes thatsächlich nicht den dritten Theil der Offenheit erlauben, welche selbst die bürgerliche Presse bisweilen gegenüber den staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen zeigt.

Nicht sehr viel besser steht es mit der sozialdemokratischen Presse in Oesterreich. Zwar gibt es dort kein Ausnahmengesetz, allein ein solches ist auch gar nicht nöthig, da schon die gewöhnlichen Gesetze und ihre Handhabung vollkommen hinreichen, der sozialistischen Presse die besten Lebensadern zu unterbinden. Konfiskationen und Verurtheilungen nehmen kein Ende und erschweren eine wenn auch noch so gemäßigte Vertretung unserer Prinzipien in der Presse ungemein.

Von allen Ländern deutscher Zunge in Europa ist es allein noch die Schweiz, auf deren freiem Boden sich die Presse noch frei bewegen darf. Allein die hier bestehenden sozialistischen Blätter — welche wir als treue Kampfgenossen begrüßen — können den Verhältnissen entsprechend, im Wesentlichen nur speziell schweizerische Organe sein und daher den außerschweizerischen Genossen deutscher Zunge keinen vollständigen Ersatz für die ihnen mangelnde Presse leisten.

Ein Organ, welches mit spezieller Rücksicht auf Deutschland und Oesterreich rücksichtslos und rücksichtslos für die Prinzipien der Sozialdemokratie und deren Verbreitung im Volk eintritt, ist aber eine Nothwendigkeit. Gewiß hat die deutsche Sozialdemokratie während des leibergangenen Jahres gezeigt, daß sie bei ihrer bedeutenden Entwicklung und namentlich auch ihrer trefflichen Disziplin sich im Nothfall auch ohne Presse auch tapfer und mit Erfolg zu halten weiß. Während sich aber die Sammlung und Organisation der Genossen für einen bestimmten Zweck, sowie die Zusammenhaltung und Leitung der Partei im Allgemeinen allerdings durch eine geschickte Agitation von Mann zu Mann erreichen, ja diese dormalen innerhalb Deutschlands allein anwendbare Agitation sich sogar bis zu einem gewissen Grade noch weiter wirksam ausdehnen läßt, — ist es gewiß schwieriger, ohne Presse die neben jenen unmittelbaren Zielen nie zurückzutretende prinzipielle Fort- und Ausbildung,

sowie die ununterbrochene Verbindung aller Genossen zu ermöglichen, wodurch allein in der Partei volle Einigkeit und Klarheit geschaffen und erhalten werden kann und die stetige Steigerung der Aktionsfähigkeit der Partei gewährleistet wird.

Aus diesen Gründen, und da an eine Aenderung der Dinge zum Bessern vorläufig weder in Deutschland noch in Oesterreich zu denken ist, hat sich — angeregt durch zahlreiche und immer dringender werdende Wünsche, namentlich aus Deutschland — auf schweizerischem Boden eine Gruppe von Sozialdemokraten aus allen Ländern deutscher Zunge gebildet, welche sich zur Aufgabe setzen, ein internationales Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge erscheinen zu lassen, welches ein nach jeder Richtung kampfbereiter Vertreter der internationalen Sozialdemokratie sein, und insbesondere auch der deutschen und österreichischen Partei die so wünschenswerthe Pressevertretung geben und die nothwendige Verbindung aller deutschredenden Genossen herstellen soll.

Um nun dieses neue Organ auch wirklich zu dem zu machen, was es sein muß, wenn es seinem Zweck ganz und voll entsprechen soll, haben sich die Begründer des „Sozialdemokrat“ mit den berufensten wissenschaftlichen und praktischen Vertretern der Sozialdemokratie aller Länder, vor allem aber mit denen der deutschen, als dem Muster und der Vorkämpferin der Bewegung, in Verbindung gesetzt und den weitaus größten Theil derselben bereits als Mitarbeiter gewonnen. Als vollständigsten und schlagendsten Beweis für das volle Einverständnis und die Unterstützung namentlich auch unserer deutschen Genossen werden wir, und zwar aller Wahrscheinlichkeit nach schon in der nächsten, längstens aber in der zweitnächsten Nummer ein Manifest der deutschen sozialistischen Reichstagsabgeordneten an ihre Genossen und Wähler veröffentlichen, in welchem ein ausführlicher Rechenschaftsbericht der Abgeordneten über ihre parlamentarische Thätigkeit und besonders ihr Wirken während der letzten überaus schwierigen Zeit, sowie ihre Meinung über die Lage und deren Erfordernisse niedergelegt sein werden.

Auch mit dem Abdruck instruktiver Stimmungsberichte und Korrespondenzen aus allen Centralpunkten der deutschen Bewegung und aus der Feder der berufensten Vertrauensmänner werden wir schon in den nächsten Nummern beginnen und besonders auf sie ein hauptsächlich Augenmerk richten, um die Leser des „Sozialdemokrat“ stets über den Stand der Bewegung in Deutschland auf dem Laufenden zu erhalten.

Ebenso haben wir uns des Einvernehmens der einflussreichsten österreichischen Genossen versichert und die Zusicherung ihrer Mitarbeiterschaft erhalten. Für die borige Partei wird unser Blatt nicht nur die nöthige Verbindung mit der deutschen Mutterbewegung bilden, sondern werden in ihm auch alle Veröffentlichungen, welche dort aus irgend welchen Gründen nicht publizirt werden können, bereitwillige Aufnahme finden.

Nicht minder aber werden wir die Verbindungen mit den außerdeutschen Genossen pflegen, und haben wir bereits sichere Korrespondenten in London, Paris, Brüssel, Mailand, Kopenhagen, Amerika u. gewonnen, so daß durch sie, sowie durch die sozialpolitische Rundschau der Redaktion die Leser des „Sozialdemokrat“ über die sozialpolitischen Zustände und die Parteibewegung aller Länder zuverlässig unterrichtet werden, und unser Blatt trotz seiner vorzugsweisen Beschäftigung mit der deutschen Bewegung im vollsten Sinne des Wortes ein internationales Organ sein wird.

Außerdem wird der „Sozialdemokrat“ die wichtigsten prinzipiellen und politischen Fragen in eigenen Leitartikeln behandeln, so daß unser Blatt sowohl in theoretischer als praktisch-politischer Beziehung ein treues Spiegelbild der sozialdemokratischen Bewegung geben wird.

Die ganze Haltung und Tendenz des „Sozialdemokrat“ geht aus dem Vorgelegten wohl schon zur Genüge hervor. Die prinzipielle Grundlage unseres Wirkens bildet das von den Parteigenossen allerwärts anerkannte Gothaer Programm. Wohl gilt uns dasselbe weder — wie sich einer seiner Väter selbst ausgedrückt — als ein papierner Papst noch als ein steinernes Dogma, wie es denn auch kein Sozialist je als für alle Zeiten unveränderbar gehalten hat. Aber in seiner Gesamtheit und mit Inbetrachtung aller begleitenden Umstände bildet es ein Malzeichen der bis jetzt höchsten Entwicklung der Sozialdemokratie, eine populäre Zusammenfassung der Ergebnisse des wissenschaftlichen Sozialismus und einen Wegweiser für die politische Haltung der Partei und hat sich im Ganzen voll bewährt, so daß jede Veränderung desselben erst wohl erwogen werden, und man erst die Gewißheit haben muß, daß man wirklich Besseres an die Stelle des Bisherigen setzt.

Die taktische Haltung unseres Blattes aber ist ebenfalls durch das Gothaer Programm und die organische Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie auf Grund desselben, sowie durch die Rücksicht auf die augenblicklichen Machtverhältnisse bedingt. Uns ist die Sozialdemokratie nach wie vor eine

revolutionäre Partei im wahren und besten Sinne des Wortes. Nach wie vor aber, oder besser, mehr denn je werden wir uns jetzt, wo in Folge des fast bis zur Unerträglichkeit gesteigerten Druckes der Reaktion die Versuchung stärker als sonst herantritt, die allerdings langwierige und beschwerliche Arbeit der successiven Aufklärung und Organisation der Massen und dadurch der allmählichen Erschütterung der Grundlagen der heutigen widersinnigen und ungerechten Gesellschafts- und Staatsordnung durch kluge Ausnützung jeder, auch der kleinsten Chance, ermüdet sinken zu lassen und sich der scheinbar eher zum Ziele führenden, in Wahrheit aber thörichten und verberblichen Revolutions- und Putschmacherei in die Arme zu werfen, aufs Energischste gegen diese wenden. Wohl glauben auch wir, daß die von uns angestrebte radikale Umgestaltung der Gesellschaft nicht allein und in aller Gemüthsruhe von den Ministerialen und Parlamentarierbürokraten dekretirt werden wird. Allein diese Ueberzeugung ist himmelweit verschieden von einem „Machen“ von Revolutionen oder richtiger von Putschen; denn Revolutionen entstehen wohl, können aber nicht „gemacht“ werden.

Wir werden also auch in dieser Beziehung den von der deutschen Sozialdemokratie mit so viel Erfolg betretenen Weg gehen und uns von demselben weder durch die zahlreichen, dem Vorkamf auf ihm entgegenstehenden Hindernisse, noch durch die Aufreizungen der Reaktion — schon um der letzteren keinen Gefallen zu thun — abbringen lassen. Vielmehr werden wir, obgleich außerhalb des Machtbereiches der deutschen und österreichischen Polizei stehend, trotzdem jede Verletzung des gemeinen Rechtes in der Form nach Möglichkeit vermeiden, was unserer Rücksichtslosigkeit in der Sache durchaus keinen Eintrag thun wird.

Der „Sozialdemokrat“ steht mit Einem Wort sowohl in prinzipieller als taktischer Beziehung voll und ganz auf dem Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie, wie sie war und wie sie ist! — — —

Dies kurzgezeichnete Programm und die Anerkennung und Mitarbeiterschaft der berufensten Vorkämpfer der Sozialdemokratie aller Länder, vor allem der deutschen, gibt unsern Lesern die Garantie, daß unser Werk nicht ein gewöhnliches Privatunternehmen, sondern sozusagen ein offizielles Zentralorgan der Partei ist!

Darum erwarten wir aber auch, daß Ihr, Parteigenossen in Deutschland, Oesterreich und allerwärts, soweit die deutsche Zunge klingt, den „Sozialdemokrat“ mit allen Kräften, sowohl durch direktes Abonnement, als insbesondere auch durch eifrige Weiterverbreitung in den Euch zugänglichen Kreisen unterstützen und fördern werdet. Denn erst dann, wenn der „Sozialdemokrat“ in vielen Tausenden von Abdrücken über alle deutschsprachenden Länder verbreitet und in die weitesten Volkskreise gebrungen ist und sich namentlich in den Händen aller deutschen Sozialdemokraten befindet, erst dann wird er seine Aufgabe voll und ganz erfüllen und eine mächtige Waffe sein können in dem gewaltigen und immer größere Ausdehnung annehmenden Kampfe zwischen der alten Welt der Ungleichheit, Knechtung und Ausbeutung und der neuen Welt der Freiheit und Gleichheit, der Sozialdemokratie!

Die weiteste Verbreitung des „Sozialdemokrat“ ist deshalb von größter Wichtigkeit für die Partei und daher die Pflicht jedes Parteigenossen. Möge sie jeder von Euch gewissenhaft erfüllen, — unserer großen Sache zu Ruh, unsern Feinden aber zu Trug!

Verlag und Redaktion des „Sozialdemokrat“.

Breslau-Erfurt-Hamburg.

r. Leipzig, im August *). Daß auch ich, gleich allen deutschen Genossen, die Gründung eines sozialdemokratischen Parteiorgans in der Schweiz mit großer Genugthuung begrüße, brauche ich Ihnen wol kaum erst zu versichern, ebensowenig, wie daß ich mit Freuden bereit bin, mich der stattlichen Reihe der Mitarbeiter des „Sozialdemokrat“ anzuschließen.

Wird uns deutschen Sozialisten doch dadurch endlich wieder eine Tribüne eröffnet, von welcher wir unsere Meinungen offen aussprechen und austauschen und die Gebrechen und Uebelstände der Gesellschaft im Allgemeinen und die unseres „herrlichen Reiches“ insbesondere ungehindert durch brutale Ausnahmengesetze vor aller Welt enthüllen und nach Verdienst charakterisiren können.

Indem ich nun diese Gelegenheit zum ersten Mal benutze, ist es nicht mehr als billig, daß ich einen Blick auf die allgemeine

*) Die Ausgabe der ersten Nummer des „Sozialdemokrat“ war nämlich ursprünglich bereits für Mitte August beabsichtigt, mußte indessen der bis dahin nicht zu bewältigenden nothwendigen Vorbereitungen wegen bis jetzt hinausgeschoben werden. Unser — Mitarbeiter aber hatte in erfreulicher Bereitwilligkeit sofort nach Kenntnissnahme der Absicht der Gründung des „Sozialdemokrat“ und den obigen Artikel eingeleitet. Obwohl seitdem mehr als ein Monat verfloßen ist und wir inzwischen wieder neue Erfolge zu verzeichnen gehabt haben, so erscheint uns der Artikel doch noch von vollem Interesse, um so mehr, als die Leser über die für die deutsche Sozialdemokratie wichtigsten Ereignisse der letzten Zeit durch einen anderen Artikel vollkommen orientirt werden.

Die Red.

Situation der deutschen Sozialdemokratie werfe. Nun, dieselbe läßt sich nicht anders denn als eine sehr günstige bezeichnen!

Das liberale Bürgerthum, welches sich vor Jahresfrist am lautesten an dem Hepp! Hepp!-Ruf gegen die Sozialdemokraten betheiligte, ist ganz schweigend und zerkürrt geworden, niedergebottet in dem Gedanken, daß Kaiser Bismarck der „Einzige“ ihm keine Gnade mehr widerfahren läßt. Die liberalen Zeitungen und Parlamentarier aber schämen sich, daß sie durch Befürwortung und Annahme des Sozialistengesetzes sich selbst eine Ruthe gebunden haben, die jetzt täglich in schärfster Weise gegen sie angewandt wird.

Die Fortschrittler aber waschen ihre Hände in Unschuld und rufen das bekannte „Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie jene!“ Nun ist allerdings wahr, daß die Fortschrittspartei nicht für das Sozialistengesetz gestimmt hat, aber deshalb hat sie doch nur wenig Anlaß zur Bräuterei, denn sie hat die Sozialdemokratie vor Erlaß desselben in einer Weise geschmäht und zu beschuldern versucht, daß die Regierung ihre Motive für die Einbringung des Sozialistengesetzes auf diese Schmähungen stützen konnte. Sämtliche Reden, welche bei Verathung dieses Gesetzes vom Bundesrathsrath aus gehalten worden sind, hätte z. B. fast eben so gut Herr Eugen Richter halten können, wenn man das Schlußwort, die Empfehlung der Annahme, sich fortsetzt. Wenn also gewisse Fortschrittler sich jetzt so viel darauf zu gut thun, gegen das Sozialistengesetz gestimmt zu haben, so müssen denselben ihre ewigen Hebereien gegen die Sozialisten in's Gedächtniß gerufen werden, die zum großen Theile das Gesetz mit verschuldet haben.

Indessen befinden wir uns, wie gelagt, trotz des Gesetzes, auf welches wir, wie Brade sagte, „pfeifen“, ganz leidlich wohl. Sehen wir doch fast täglich, was wir unsern Gegnern bei Verathung des Ausnahmegesetzes vorausgesagt, daß die Spitze des letzteren machtlos an unserer Brust abprallt und in die Weichen des faulen Liberalismus fährt, und haben wir doch gerade unter der Herrschaft dieses „Gesetzes“ eine Anzahl ganz bedeutender Erfolge zu verzeichnen gehabt.

Vor allen ist es die Stadt Breslau gewesen, welche die Probe auf das Sozialistengesetz zu geben hatte, und diese Probe fiel nicht weniger als dreimal für die Herren Gesetzgeber und Sozialistenfresser äußerst glücklich aus.

Zuerst, im Februar, war die Nachwahl zum Reichstag an Stelle des verstorbenen Fortschrittlers Bürgers im Breslauer Wahlkreis. Alle Parteien hatten einen kleinen Rückgang zu verzeichnen, die „unterdrückten“ Sozialdemokraten den geringsten. Der Kandidat derselben, Kräcker, kam in die Stichwahl und nur den vereinsten Anstrengungen aller „staatsbehaltenden“ Elemente (damals waren die Liberalen noch nicht in die Reichsacht gethan) gelang es, den fortschrittlichen Justizrath Freund, für welchen die gesammte Bourgeoisie, sowie die Beamten bis zum Schutzmann und Nachwächter hinab, einmütig gestimmt hatten, durchzubringen.

Den 16. Mai fand das Begräbniß des braven sozialdemokratischen Abgeordneten für den Breslauer Ostkreis, P. Reinders, statt. Tausende und aber Tausende von Menschen folgten der Leiche des einfachen Mannes, der sein Leben lang für die Freiheit gekämpft und stets bereit gewesen, sein Herzblut für die Binde rung der wirtschaftlichen und politischen Leiden des Volkes einzusetzen. Dieser großartige Leichenzug, abgehalten in der zweitgrößten Stadt Preußens, deren Polizei nach dem strommen Muster der Berliner organisiert ist, und unter dem Ausnahmegesetz war eine Demonstration, wie Breslau sie niemals gesehen hat und wohl kaum wieder gesehen wird.

In Folge von Reinders Tod fand dann am 8. Juni eine Neuwahl auch im Breslauer Ostkreis statt. Die Sozialdemokraten stellten Hasenclever auf, der bei den allgemeinen Wahlen in Berlin (Wahlkreis VI) mit 15,300 Stimmen unterlegen war; die antisozialistischen Elemente fanden einen Kandidaten, einen Justizrath Leonhardt, der erklärte, es den Fortschrittler, den Nationalliberalen und den Konservativen zugleich recht machen zu wollen. Drauf hat sich das Wort von der „reaktionären Masse“ gewiß noch selten bewahrheitet! Die Ultramontanen aber erklärten sich für einen früheren evangelischen Pfarrer, Dr. Hager aus Mecklenburg. Bei der ersten Wahl verlor die vereinigte Ordnungspartei über 5000, die Sozialdemokratie dagegen nur 1200 Stimmen; die Ultramontanen, die erstlich in Breslau nicht in Betracht kommen, gewannen einige Stimmen. Ergebnis: Stichwahl zwischen Sozialdemokratie und Reaktion.

Die Ultramontanen erklärten feierlich, sich bei der engeren Wahl der Stimmabgabe enthalten zu wollen; das haben sie im Allgemeinen auch gethan. Denn zugegeben, daß vielleicht 200 katholische Arbeiter für Hasenclever stimmten, so haben doch mindestens ebensoviel katholische Beamte und Bourgeois für Leonhardt gestimmt.

Bei der engeren Wahl (18. Juli) zeigte sich eine lebhaftere Betheiligung und Agitation beiderseits — man wußte, worum es sich handelte. Die Fortschrittspartei besonders war es, die lebhaft für den Kandidaten der vereinigten Reaktion agitirte. Die Sozialdemokratie mußte ihre Agitation natürlich mehr im Stillen betreiben, da ihr Versammlungen verboten waren*). Ihr ein-

ziges Agitationsmittel außer der mündlichen Propaganda von Mann zu Mann war ein Flugblatt, welches in einer durch die Umstände aufgezwungenen „gemäßigten“ Sprache abgefaßt war, aber radikale Forderungen enthielt, und in 35,000 Exemplaren geschickt verbreitet wurde.

Der Erfolg dieser Agitation war unter Berücksichtigung der Verhältnisse ein glänzender; denn der Kandidat des vereinigten Liberalismus und Konservatismus erhielt trotz aller erdentlichen Anstrengungen mehr als 1200 Stimmen weniger als der Kandidat der siegreichen Sozialdemokratie.

Das war ein Sieg, der die vielversprochene „Vernichtung“ der deutschen Sozialdemokratie durch das Ausnahmegesetz so recht ad oculos allen Sozialistenfressern demonstrierete. Deshalb erfolgte denn auch ein namenloses Feter-Mordio in der ganzen „guigelinnigen“ Presse, welche die Wahl von Breslau und die Schulfrage, d. h. wer den Sieg der Sozialdemokratie verschuldet habe, wochenlang beleuchtete, ohne freilich zu ihrem Leidwesen dadurch etwas an dem Resultat ändern zu können.

Kurz nach der Breslauer Wahl fand auch in Erfurt eine Nachwahl statt, an Stelle des zum Minister ernannten leitenden Abgeordneten Lucius. Wohl wurde Lucius wieder gewählt; aber nur mit knapper Noth, denn er hatte gegen das Vorjahr über 4000 Stimmen verloren, während die Stimmenzahl der Sozialdemokratie trotz aller Preislonen ungefähr die elbe, gegen 1700, blieb. Außerdem stimmten für den radikalen und persönlich ehrenwerthen Fortschrittswann, Albert Träger, über 2000 Wähler. Man sieht, welche Fortschritte das preussische Ministerium macht, da ein Mitglied desselben in einem bisher allezeit durchaus konservativ-preussischen Wahlkreis fast eine Niederlage erlitten hätte.

Und nun Hamburg! Mit Behmuth denke ich an den 3. August. Der Besten Einer, unser unvergeßlicher Weib, hat uns verlassen. Das war eine Begräbnißfeier! Nicht Berlin vor zwei Jahren, nicht Breslau können sich mit Hamburg messen: 50,000 im Leichenzuge, 100,000 neben demselben — das sind die annähernd richtigen Zahlen — es war im wahren Sinn eine sozialistische Heerschau, die die Gegner in Erstaunen und Schrecken setzte. Rühmend anzuerkennen ist, daß die Hamburger Polizei sehr anständig war, indem sie das Leichenbegängniß in keiner Weise störte. Als Lohn dafür soll sie indessen von Berlin, wo man weniger „sentimental“ denkt, später einen ordentlichen Rüssel erhalten haben.

50,000—100,000 Parteigenossen einmütig beisammen, um einen ihrer Besten zu begraben, Zeugniß abzulegen von ihrer Einigkeit, Zeugniß abzulegen für ihre Sache, Zeugniß dafür abzulegen, wandeln zu wollen auf den Wegen, die der Todte angezeigt hat — sieht das aus wie ein „Rückgang“?

Die Stimmung in den Bürgerkreisen ist denn auch bereits eine ganz andere, wie vor Jahresfrist, wo oft genug die Gastwirthe und ihre Stammgäste einen halbwegs bekannten Sozialdemokraten aus dem Wirtschaftsklokalen hinauszuwegregeln versuchten. Jetzt sehen wir dagegen meist nur freundliche Gesichter und manche einsichtsvollen Leute sehen ein, zu welcher erschrecklichen Dummheiten sie sich durch ihre, ihnen von der Regierung eingejagte Furcht vor dem rothen Gespenst haben verleiten lassen. Es ist zweifellos, daß wir seit den letzten Monaten eine große Anzahl geheimer Anhänger gefunden haben.

Wie kleinlich erscheint einer solchen Demonstration für die Sache der Menschheit gegenüber ein preussisches Polizeigesetz!

Und da sollten wir nicht zufrieden sein mit der gegenwärtigen Situation angesichts solcher Erfolge?

Was schließlich die Stimmung und Haltung der deutschen Sozialdemokratie selbst betrifft, so sind allerdings — wie bei dem schroffen Uebergang von der früheren offenen und geräuschvollen Agitation zu der durch das Ausnahmegesetz bedingten stillen und dabei äußerst beschwerlichen von heute leicht erklärlich — manche Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten zu überwinden gewesen. Manche Genossen vermögen sich eben nur schwer oder kaum in die veränderte Sachlage zu finden und glauben der Sache durch nutzlose Demonstrationen zu dienen, während doch die Macht der Thatfachen — unbeschadet des Prinzipes — eine ganz andere Taktik fordert. Indes ist die Zahl dieser Genossen doch nur eine verhältnismäßig sehr geringe und nimmt angesichts der sich stets mehrenden erstanten Erfolge unserer Taktik außerdem rapid ab. Die Entwicklung und Disziplin der deutschen Sozialdemokratie ist eben bereits weit genug fortgeschritten, um die Partei über alle inneren und äußerlichen Schwierigkeiten hinwegzuführen — zum großen Leidwesen ihrer Todfeinde, die beschränkt genug waren und noch sind, allen Ernstes an die Möglichkeit der Vernichtung einer entwicklungsgeheilig mit Nothwendigkeit entstandenen und sich immer mehr entfaltenden Partei durch politische und soziale Unterdrückungsmaßregeln zu glauben.

Ich kann daher zum Schluß nur mit gutem Gewissen wiederholen, daß unsere Partei seit dem Sozialistengesetz in stetem Wachstum begriffen ist und daß, wenn die Fessel dieses Gesetzes so oder so einmal fällt, und wir dann öffentliche Heerschau halten, diese großartig und für alle Gegner des Sozialismus furchterregend ausfallen wird!

Vorkämpfer — das sind die Breslauer seit dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes! Viermal in den letzten 9 Monaten haben sie die Ehre der Partei gerettet: zweimal im Ringen für Kräcker's Kandidatur, dann bei dem Begräbniß unseres tapferen Reinders und endlich am Dienstag vor 8 Tagen. Und nun übermorgen ist der fünfte „Tag des Proletariats.“ Möge er ein Tag des Sieges sein! In den Breslauern wird es nicht fehlen — daß bin ich sicher — sie werden zum fünften Mal seit Erlaß des Sozialistengesetzes ihre Schuldigkeit thun; sie werden am 18. Juli den Boghaften den Weg der Pflicht zeigen, die feigen Verläumber unserer Partei beschämen und die kurzschäftigen Politiker, welche die weltbewegende Idee des Sozialismus mit den Zwiwischen eines Polizeigesetzes zu knebeln verneinten, ad absurdum führen. Ich, ich wäre so gern mit dabei, — mit auf dem Ehrenposten! Nun, ich muß mich in das Unvermeidliche schicken. Und es geht ja auch ohne mich! Wo 10,000 Männer entschlossen sind, den Sieg zu erkämpfen, da kommt es auf Einen mehr oder weniger nicht an.

Die Breslauer haben sich so trefflich bewährt, daß jeder Zweifel die abscheulichste Verläumdung wäre; die hohe Bedeutung der Wahl des 18. wird die Kräfte eines Jeden verdoppeln, Jeden zur ängstlichen Kräfteanstrengung ansporren. Dies weiß ich, und darum erwarte ich fest den Sieg.

Übermorgen werden meine heißesten Wünsche die Breslauer Genossen an die Bahnlarne begleiten. Das sag' ihnen!

Mit sozialdemokratischem Gruß

Dein

W. Liebknecht.

Die Bedeutung der sächsischen Landtagswahlen.

—t. Aus Sachsen. Die soeben vollzogenen Wahlen zum sächsischen Landtag*) haben ein für unsere Gegner geradezu verblüffendes Resultat geliefert. Und daß es unter der Herrschaft des Zensus und des Ausnahmegesetzes uns möglich geworden, zwei unserer Kandidaten durchzubringen und in fünf andern Wahlkreisen eine Macht zu entwickeln, die uns unter normalen Verhältnissen den Sieg gesichert hätte, — das ist allerdings eine Thatsache, wohl geeignet, die Feinde der Sozialdemokratie zu erschrecken.

Bekanntlich ist das Landtagswahlrecht in Sachsen an die Zahlung einer direkten Steuer von 3 Mark jährlich geknüpft. Da man aber entdeckte, daß bei der kolossalen Besteuerung, welche die neue Reichsherrschaft über uns verhängt, so ziemlich jeder Erwachsene der Zensusbedingung entsprechen würde, so ist man auf die schlaue Idee gekommen, einen Theil der direkten Steuer zu fixiren und den Rest in Gestalt eines sogenannten „Zuschlages“ zu erheben. Nur die fixirte Steuer zählt als Zensus im Sinne des Gesetzes der Zuschlag dagegen wird einfach nicht gerechnet!

Jetzt beträgt der „Zuschlag“ 50 Prozent der fixirten Steuer; um also der Zensusbedingung der 3 Mark zu entsprechen, muß man in Wirklichkeit 4½ Mark direkter Steuern bezahlen. Und wenn es unsern Herren Gesetzgebern einfällt, die fixirte Steuer auf die Hälfte herab und den Zuschlag auf die vierfache Höhe hinaufzusetzen, dann ist es auch „in der Ordnung“, und mit Ausnahme einiger Tausend Reichen hat in Sachsen Niemand mehr das Landtagswahlrecht. Man muß jedenfalls gestehen, daß sich unsere Gesetzgeber vorzüglich auf die „Umgehung der Gesetze“ verstehen.

Wie dem nun sei, die Wirkung des gegenwärtigen Zensus (mit „Zuschlag“) ist, daß durchschnittlich ungefähr zwei Drittel der Reichstagswähler vom Landtagswahlrecht ausgeschlossen sind. In den Bergwerksdistrikten (dem Zwickauer Kohlenbeken) und in Leipzig und Dresden nebst industrieller Umgegend, wo die Arbeitelöhne relativ hoch sind — freilich dieses relativ hoch ist absolut sehr tief — durch den Zensus ziemlich genau die Hälfte der Reichstagswähler des Landtagwahlrechtes beraubt, während in den Weidestrikten kaum ein Viertel der Reichstagswähler das Landtagswahlrecht besitzen.

Wenn man bedenkt, daß es gerade das Gros der sozialdemokratischen Reichstagswähler ist, welches der Zensus ausschließt, wohingegen die Anhänger der reaktionären Parteien nicht von ihm betroffen werden, so tritt die volle Bedeutung unserer Erfolge bei den letzten Landtagswahlen zu Tage. Derselben überheben es über jeglichen Zweifel, daß unsere Partei seit der Reichstagswahl im Attentatsommer große Fortschritte gemacht und weit tiefer in die Massen, namentlich in die bürgerlichen und bäuerlichen Kreise eingedrungen ist, als dies vor ¼ Jahren der Fall war!

Besonders klar ergibt sich dies Wachsthum in den beiden Wahlkreisen, in welchen wir siegig haben: dem Leipziger und dem Zwickauer Landkreis. Hier wie dort waren wir bei der letzten Reichstagswahl unterlegen. Wir haben also jetzt unter dem Druck des Zensus und des Ausnahmegesetzes zwei Wahlbezirke erobert, die wir vor fünf Vierteljahre mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechtes und der uns noch nicht vollständig entrisenen Waffen der Pressefreiheit und des Vereins- und Versammlungsbrechtes nicht zu erkämpfen vermocht hätten. Ähnlich ist es im Dresdener Landkreis, wo Liebknecht bei der Landtagswahl, obgleich er nicht siegte, doch vergleichsweise mehr Stimmen erhielt, als im Sommer des vorigen Jahres.

Auch in Chemnitz Stadt und Land, sowie in den beiden städtischen Bezirken von Dresden war der Ausfall ein solcher, daß wir ohne Selbsttäuschung behaupten können: wir hätten unsere Kandidaten durchgeleitet, wenn die Behörden nicht in der rückfischlosesten Weise die Wahlfreiheit vernichtet und sich beispiellose Gewaltübergriffe und Einschüchterungsversuche erlaubt hätten.

Ueber unser Vorgehen war die Regierung und Polizei gänzlich im Dunkeln: man fürchtete aber eine Ueberrumpelung im letzten Moment, und, um uns lahm zu legen, erließ die Regierung in der Woche vor der Wahl eine Ordre, dahin gehend: jede sozialdemokratische Wahlversammlung und Wahlkundgebung zu hintertreiben, das Sozialistengesetz auf's Schärfste anzuwenden, jedes sozialdemokratische Beziehungen verdächtige Blatt zu unterdrücken, massenhafte Hausdurchsuchungen vorzunehmen und beim geringsten Anlaß jeden sozialdemokratischen „Führer“ oder „Agenten“ zu verhaften.

Und diese Ordre wurde auch strikt ausgeführt. Zunächst fielen ihr drei Blätter zum Opfer: eins in Dresden, eins in Chemnitz und eins in Glauchau, alles Blätter, denen sozialdemokratische Bestrebungen im Sinne des Sozialistengesetzes nachzuweisen einfach unmöglich wäre. Doch was fragt die Polizei nach „Beweisen“? Dann wurde in Dresden ein harmloser Verein, hinter dem man sozialdemokratische Tendenzen witterte, der Dissidentenbund, aufgelöst, und ferner am Sonnabend, Sonntag und Montag vor der Wahl (Dienstag den 9.) jede Wählerversammlung in Sachsen, deren Einberufer der Polizei nicht als gute Ordnungsmänner bekannt waren, verboten — zahlreicher Hausdurchsuchungen gar nicht zu erwähnen.

Am skandalösesten verfuhr die Polizei in Chemnitz, der Domäne des berühmten Siebdracht. Dieser Miniatur-Gesellschaftsretter überfiel am Sonnabend vor der Wahl ein Lokal, in welchem, bei offenen Thüren und von den übrigen Wirtschaftshausgästen nicht abgesperrt, 20 unserer Genossen, darunter Bahleisch und Wiemer, sich zum Zwecke der Wahl besprachen und Wahlaufrufe nebst Stimmzetteln faßten, — und erklärte sämtliche Anwesende für verhaftet. Unsonst wurde rekurriert, es blieb bei der Verhaftung, und die 20 Arrestanten, Bahleisch und Wiemer voran, wurden, „wie ein Bündel Zigarren“ mit einem Strick zusammen gebunden, durch die Straßen nach dem Polizeihause geführt! Dort entließ man 15 sofort, 4 am folgenden Tag, nur Bahleisch, auf den

*) Es muß bemerkt werden, daß diese Wahlen bloße Theilwahlen waren, indem sie sich bloß auf ein Drittel von Sachsen erstreckten. Der sächsische Landtag ist nämlich ewig; alle drei Jahre hat ein Drittel der Mitglieder auszuscheiden, und zur Besetzung der vakanten Sitze eine „Ersatzwahl“ stattzufinden. Die Mandate haben sechsjährige Gültigkeit.

*) Nur ein einziges Mal kamen die Sozialdemokraten auf der Rednertribüne zum Wort und zwar in einer von freireligiöser Seite einberufenen Versammlung im Hotel de Silésie, auf deren Tagesordnung stand: „Die Presse und das Volkswohl.“ Die Versammlung war sehr zahlreich, auch von Sozialisten, besucht, und es sprachen in derselben der sozialistische Kandidat Hasenclever und der Reichstagsabgeordnete Max Kayser unter großem Beifall. — Vor der engeren Wahl betrafen katholische Arbeiter eine Versammlung ein, in welche sich Hasenclever, Kayser, Kräcker mit vielen Genossen begaben. Kräcker sprach von den Sozialdemokraten zuerst und empfahl die Wahl des Sozialisten, worauf er einen Brief Liebknecht's an Hasenclever verlas, auf Grund dessen der überwiegende Polizeikommissär die Versammlung auflöste. Der „gefühlige“ Brief lautete:

Wittweide, 16. Juli Abends.

Lieber Freund! Wie wir schon heute Morgen vermutheten, ist es mir in der That nicht möglich, zur Wahlkutsch nach Breslau zu kommen. Ich muß Sonnabend in Hamburg sein, und wenn ich auch Freitag Abend schon von Breslau abfähre, so komme ich doch nicht mehr rechtzeitig dort an, abgesehen davon, daß ich todmüde sein würde. Es geht also nicht. Sogar den braven Breslauern, ich bedauere es sehr, nicht in ihrer Mitte sein zu können. Du weicht, wie ich mich trotz meines Unwohlseins darauf gefreut hatte. In Breslau ist die Gesammtpartei engagirt, und ich fühle mich verpflichtet, dem agitatorischen Waffenaufgebot zu folgen, und mein Schürfen zum Sieg unserer Vorkämpfer beizutragen. Unsere

es hauptsächlich abgesehen war — er kandidierte in Chemnitz — wurde bis nach der Wahl festgehalten!

Der Transport der so schwachvoll Geseffelten erregte natürlich große Erbitterung, und es bedürfte der ganzen trefflichen Disziplin unserer Genossen, um einen Konflikt zu verhüten, der wahrscheinlich mit einem Massaker geendet hätte.

Trotz dieses abscheulichen Polizeistreichs für den Herr Siebdracht nicht bloß im Land- und Reichstag, sondern auch vor Gericht zur Rechenschaft gezogen werden wird, besorgten aber die Chemnitzer Genossen die Wahlarbeiten: Austragen der Flugblätter und Stimmzettel mit bewundernswürdiger Promptheit — es ist aber leicht erklärlich, daß am Wahltag gar Mancher, der sonst für Wahlrecht gestimmt hätte, von der Wahlurne wegblieb.

Die Organisation bewährte sich durchweg vortrefflich. Am Sonnabend Abend wußte noch Niemand — außer den Eingeweihten — ob wir uns überhaupt an der Wahl beteiligen würden; am Sonntag früh aber schwärmten plötzlich aus den verschiedenen Zentren Hunderte von Genossen, gleich Bienenschwärmen aus, und am Sonntag Abend hatte jeder Wähler seinen sozialdemokratischen Ausruf mit Stimmzettel. In einigen Wahlkreisen wurde am Montag ein zweiter Ausruf verteilt. Und Alles klappte. Es hat sich bei dieser Gelegenheit so recht deutlich gezeigt, wie wirksam die private Organisation von Mann zu Mann, auf die wir sehr angewiesen sind, gemacht werden kann.

Die Reaktionen, die zum Glück nichts gelernt und nichts verstanden haben und überhaupt auch nie etwas lernen werden, scheitern nun nach Erhöhung des Zensus, Abschaffung der Bestimmung, daß, wo drei Kandidaten aufgestellt sind, die relative Mehrheit zur Wahl genügt, — und vor Allem nach einer Verschärfung des Sozialistengesetzes. Nun, Ihr mögt's probieren — wir sind es nicht, die den Schaden haben werden!

Zur Lage in Oesterreich.

Ss. Von der Donau. Freudig wird auch bei uns der „Sozialdemokrat“ begrüßt. Wir, die wir jedes Parteiorgan willkommen heißen, das in einem Lande erscheint, in dem noch wirkliche Pressefreiheit herrscht, wir begrüßen ihn nicht nur als eine Waffe gegen die Gewaltthätiger Deutschlands, welche mit seltener Unverschämtheit dem Volke am helllichten Tage die Freiheit geraubt haben, sondern auch als Waffe gegen die Tyrannen Oesterreichs, welche uns das Bischofen sogenannte Freiheit heimlich gestohlen haben, ohne daß man es in weiteren Kreisen gemerkt hat.

Es gab naive Menschen, welche vom Ministerium Laas eine Verbesserung unserer freiheitlichen Zustände erwarteten, welche vor allem glaubten, es werde, um den „Liberalen“ den Boden unter den Füßen wegzuziehen, das allgemeine Wahlrecht gewähren. Heute erwartet die wenigstens in unsern Reihen wohl Niemand mehr vom dem Milchbruder des Kaisers von Oesterreich, obgleich man zugestehen muß, daß es uns dormalen eben auch nicht schlechter geht, als unter dem „liberalen“ Regiment. Es ist so ziemlich vollkommen gleichgültig, ob so oder so regiert wird.

Unser bisheriges Zentralorgan, der „Sozialist“, wäre eingegangen, auch wenn das Ministerium Auersperg fortgewirtschaftet hätte. Wohl hätte der „Sozialist“ noch weiter leben können; die materiellen Grundlagen seines Bestandes waren noch vorhanden, aber man war es müde geworden, bloß für den Staatsanwalt zu schreiben und Stempelsteuer zu zahlen für Blätter, welche die Abonnenten nicht erhielten und bei jedem Prozeß 200–500 Gulden dem hohen Alerar in den Taschen zu stecken.

Um dem zu entgehen, hatte man die Absicht, an Stelle des zweimal in der Woche erscheinenden „Sozialist“ zwei in Zwischenräumen von je 14 Tagen erscheinende Blätter herauszugeben, welche keine Stempelsteuer zu zahlen brauchten und auch vom Erlag einer Kautions freit seien wären. Aber der Mensch denkt und die Polizeidirektion lenkt. Die beiden Blätter, die „Freiheit“ und der „Proletarier“, — wurden von derselben als ein Blatt betrachtet, welches nur verschiedene Titel hätte, um sich dem Erlag einer Kautions zu entziehen, und daher bis zur Erliegung einer solchen verboten. Die Kautions bietet eben die sicherste Handhabe zum finanziellen Ruin der Partei. In Folge einer Beschwerde bei der Statthalterei wurde zwar dieses ungeheuerliche Erkenntnis aufgehoben, aber nur insoweit, daß eines der beiden Blätter ohne Bewilligung wurde. Die „Freiheit“ darf also in Oesterreich fortexistieren — der „Proletarier“ bleibt unterdrückt. Wie geschieht aber die Existenz der „Freiheit“ in Oesterreich ist, geht daraus hervor, daß schon die erste Nummer konfisziert wurde und daß — soweit geht die Unverschämtheit unserer Behörden — eine zweite Auflage nicht einmal mit Hintweglassung der konfiszierten Artikel gestattet wurde.

So haben wir denn nun mehr ein vierzehntägiges Parteiorgan in Wien — und auch das haben wir gewöhnlich nicht. Was das Resultat dieser Entziehung unserer geistigen Nahrung ist, bedenken allerdings die Behörden in ihrer bodenlosen Beschränktheit nicht: es ist das der Import ausländischer Zeitungen! Ganz natürlich! Der sozialistische Arbeiter kann sich unmöglich mit einem 14tägigen unter der, jeden freien Gedanken im Keime erstickenden Herrschaft unserer Presspolizei erscheinenden Blatte begnügen und er sucht daher einen Ersatz im Ausland, wenn er im Inland keinen findet, wobei er noch den Vortheil hat, die unverfälschte Wahrheit zu Gesicht zu bekommen, während die inländischen Zeitungen einer freiwilligen Zensur sich unterwerfen müssen, wenn sie überhaupt auch nur die Hoffnung haben sollen, zu erscheinen.

Aus diesem Grunde begrüßen wir das neue Schweizer Parteiorgan auch als Mitkämpfer in der österreichischen Arbeiterbewegung. Denn wir erwarten vom „Sozialdemokrat“, daß er die Gesetzesübertretungen der österreichischen Behörden ebenso brandmarken wird, als die Gesetzesfabrikation der deutschen Parlamentismameluken.*)

Jene sind der letzteren vollkommen würdig. Daß die Presse- und Religionsfreiheit, die Oeffentlichkeit der Gerichte und andere durch die Staatsgrundgesetze jedem Oesterreicher gewährleistete Freiheiten für die Sozialdemokraten nicht existieren, ist uns zu wohl bekannt, als daß wir darüber noch erstaunen könnten. Was aber bis jetzt noch nicht vorgekommen war, das ist die Verletzung des Briefgeheimnisses — wenigstens der Oeffentlichkeit gegenüber, denn die geheime Briefstieberei wird bei uns auch betrieben,

wenngleich vielleicht auch nicht ganz so schwunghaft, als im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sittlichkeit. Aber in letzterer Zeit wird es Mode, wenn man einen „verdächtigen“ Brief wittert, dem Briefträger, der ihn überbringt, gleich einen Detektive mitzugeben, der dem Empfänger das Schreiben in demselben Augenblick abnimmt, als es in seine Hände niedergelegt wird und sich nicht scheut, es selbst zu erblicken, wenn der Adressat sich weigert, es zu thun!

Wahrlich! Auch das blödeste Auge muß da zur Einsicht gelangen, daß die Gesetze in Oesterreich nicht Schranken sind für die Willkür der Behörden, sondern bloß Schranken für diejenigen, welche sich einbilden, in einem Rechtsstaate zu leben und glauben, ungestört gegen die Korruption ankämpfen zu dürfen, sobald sie sich an die Bestimmungen des Gesetzes halten. Zum Glück wird die Zahl derjenigen naiven Seelen immer seltener, welche den Bahn hegen, auf lediglich konstitutionellen und parlamentarischen Wege für die Regeneration des Staates wirken zu können in einem Gemeinwesen, in welchem ein bigotter Hof, ein verropftes und entmenslichtes Sabelregiment und ein korruptes Großkapital sich in die Herrschaft theilen. Diese Mächte können keinen Fortschritt dulden, weil das ihr Untergang wäre; sie dürfen keine Aufklärung dulden, weil ein denkendes Volk sie keinen Tag länger regieren liege. Mit allen „gesetzlichen“ und ungesetzlichen Mitteln kämpfen sie gegen alle wahren Freunde des Volkes; alle Stätten, in denen zum Volke gesprochen werden kann, suchen sie zu korrumpieren und unzugänglich zu machen für charakterfeste Männer. Sie haben das Parlamentshaus zu einer Komödiantenbude herabgewürdigt, die Wissenschaft zu einer feilen Dirne, die Presse zu einer Banditenhöhle gemacht.

Das österreichische Volk weiß das recht wohl und auch derjenige Theil desselben, der außer unserer Partei steht, beginnt allmählich zur Erkenntnis zu kommen. Die geringe Beteiligung bei den letzten Parlamentswahlen bewies am besten, wie gleichgültig ihm eine Verfassung wird, welche nichts ist als eine große Lüge. Es kommt immer mehr zur Erkenntnis, daß das Parlament und die Presse nicht Waffen sind, um es zu schützen, sondern um es zu knechten, weil seine Ausbeute sich derselben ganz bemächtigt haben. Nicht nur in industriellen Arbeiterkreisen, nein gerade unter dem Landvolke greift die Gährung um sich, unter dem verzweifelnden Bauernproletariat in Böhmen, Mähren, Niederösterreich, Steiermark, vor dessen elender Lage nur diejenigen sich eine Vorstellung machen können, die sie selbst gesehen.

Eine solche Bewegung kann weder von einer Partei gemacht, noch gehindert werden, unsere Pflicht ist es aber, dahin zu wirken, daß diese Bewegung vom Volke benutzt werde zu seinem Besten, daß sie nicht auf das Anzünden der Fabriken und Erschlagen der Juden hinauslaufe — gegen diese beiden richtet sich hauptsächlich die Wuth der Bauern — sondern, daß sie etwas Besseres an Stelle des Bestehenden setze. Das Volk aufzuklären, seinen revolutionären Drang nicht niederzuhalten, sondern auf die richtige Bahn zu leiten, ist unsere Pflicht in Oesterreich und wer uns darin unterstützt, dem reichen wir die Bruderhand.

Sozialpolitische Rundschau.

— Die deutsche Regierung ist über die wiederholten, einander schnell folgenden Erfolge der Sozialdemokratie, namentlich über den ihr vollkommen unerwarteten Ausfall der sächsischen Landtagswahlen außer sich. Statt sich aber diese „beunruhigende“ Erscheinung in richtiger Weise dahin zu erklären, daß sie selbst durch Erlaß des drückenden und dadurch Gegendruck erzeugenden Ausnahmegesetzes, sowie durch die stets vermehrte Belastung des Volkes die Hauptschuld daran trägt, und demnach ihre Maßnahmen zu treffen, — statt dessen glaubt sie im Gegentheil, die Schuld liege daran, daß die gegen die Sozialdemokratie angewandten Unterdrückungsmaßregeln noch nicht scharf genug seien. Es ist deshalb an eine Aufhebung oder auch nur Milderung der Ausnahmebestimmungen in keiner Weise zu denken, vielmehr steht angehängt des entschiedenen Willens der Regierung und der Erbärmlichkeit der Parlamentarier schon jetzt fest, daß das Sozialistengesetz über den 31. Oktober 1881 hinaus verlängert wird. Vielleicht geschehen bis dahin Dinge, welche der Regierung sogar die angeblich jetzt abgelehnte Verschärfung des Ausnahmegesetzes als eine Nothwendigkeit erscheinen lassen. Nun unsertwegen; wir haben nichts dagegen, wenn uns die Regierung in unserer Arbeit hilft.

— Daß schließlich der Weg nach Canossa doch noch eingeschlagen wird, wird immer wahrscheinlicher. Die Verhandlungen, welche Bismarck in Gastein mit dem päpstlichen Nuntius Jacobini führte, sollen zwar noch zu keinem definitiven Resultat geblieben sein. Indessen sprechen gutunterrichtete Blätter doch bereits von „gewissen Vereinbarungen“, welche erfolgt seien und die Grundlagen zu weiteren Verhandlungen bilden sollen. Damit harmonirt vollständig das den Ultramontanen gefällige Vorgehen des stets die Religion und die „nothwendige Zusammenwirkung von Staat und Kirche“ auf den Lippen tragenden neuen Kultusministers, vor allem aber ein neuerdings publizirter, Aufsehen erregender und der Regierung ersichtlich äußerst unangenehmer Brief des verunglückten Kulturkampf-Feldmarschalls Falk, in welchem derselbe sagt: Bismarck werde wohl nicht nach Canossa gehen — wenn er es vermeiden könne! Dies letztere aber ist mit Rücksicht auf die dermalige Parteigruppierung und die sonstige Lage eben mehr als zweifelhaft.

Uebrigens braucht man die zunehmenden Aussichten der Pfaffen nicht allzusehr zu fürchten, denn auf ein bißchen Rückschritt mehr oder weniger kann's in Deutschland nicht mehr ankommen und es geht dann auf Eine Besche.

— Die deutschen Staatsanwälte, welche schon bisher ganz Erkelliches im Rechtsverbrechen zum Zweck ausgiebigster Sozialistenverfolgung geleistet haben, songen nachgerade an ihre Muster, die Staatsprokuratoren des Dezember-Kaiserreichs, weit hinter sich zu lassen. Zuerst haben zwei dieser Biedermänner in Berlin und Dresden versucht, Sammlungen zur Unterstützung von infolge von Ausweisung oder sonstiger Verfolgung ihrer Ernährer nothleidender Familien als eine durch das Ausnahmegesetz verpönte „gemeingefährliche“ Handlung hinzustellen, sind aber mit dieser perfiden Gesetzesinterpretation bei den betreffenden Gerichten beide Male abgeblüht. Insbesondere hat das Dresdner Bezirksgericht nach einer vernichtenden Kritik des Ausnahmegesetzes und der noch infameren Auslegung desselben durch Polizei und Staats-

anwälte durch den Rechtsanwalt Bernhard Freytag (den Bruder des bekannten sozialistischen sächsischen Landtagsabgeordneten) sein für die angeklagten Sozialisten freisprechendes Urtheil in einer Weise motivirt, welche die wohlwollenden Absichten der Regierung nach dieser Richtung wohl ein für allemal zu Nichts macht.*)

Dann kam ein strebsamer Kollege Lessendorfs in Berlin und erhob eine Anklage gegen den sozialistischen Reichstagsabgeordneten Frißche wegen dessen pflichtgemäßer Anwesenheit im letzten Reichstag, resp. wegen „unerlaubten Betretens der Stadt Berlin“. Die Ungeheuerlichkeit dieser Anklage ist wohl am schlagendsten schon dadurch bargethan, daß der edle Fabrikant des Ausnahmegesetzes, der „hohe“ Reichstag selbst über die erste Anklage gegen Frißche und Hasselmann in Unwillen ausbrach und die Genehmigung zur Verfolgung der beiden Abgeordneten fast einstimmig verweigerte. Daß es nun ein öffentlicher Ankläger wagen darf, trotz dieser Entscheidung und der darangefügten Gesetzes-Interpretation durch den würdigen Beschreiber seine Klage vor Gericht zu wiederholen, ist überaus bezeichnend für den Grad von Macht und Achtung, welchen die „Volksvertretung“ in Deutschland genießt. Man darf in der That begierig auf den Ausgang des Prozesses sein, da einerseits die Ablehnung der Klage für die Regierung äußerst blamabel wäre, während andererseits die Verurteilung Frißche's den geradezu wahnwichtigen Grundsatz statuiren würde, daß die Ausübung des Volksvertretersmandats der sozialistischen Abgeordneten durch einen einfachen Polizeieinsatz verboten, resp. zum Verbrechen gemacht werden kann!

Noch verrückter aber und alle bisherigen Tollheiten und Frechheiten der Reaktion übertreffend ist die Anklageerhebung, welche ein Breslauer Staatsanwalt in der am 16. September stattgefundenen Verhandlung gegen den Sozialdemokraten Kräker wegen verbotener Sammlung von Wahlgeldern hielt. Daß darin den Sozialdemokraten das Sammeln von Geldern zur Bestreitung der Ausgaben für eine Reichstagswahl als Verbrechen ausgelegt wird, darüber wollen wir kein Wort verlieren; das „Gesetz“ ist ja eben zur gänzlichen Entrechtung und Unterdrückung der Sozialdemokratie gemacht worden, und die Regierung wie die Mitglieder der Reichstagsmajorität — soweit sie nicht dummer als erlaubt gewesen sind — beabsichtigten eine solche Ausübung des Gesetzes auch von vorneherein. Anders aber verhält es sich mit den weiteren Deduktionen des Breslauer Staatsanwaltes. Kräker hatte nämlich nach erfolgter Konfiskation der gesammelten Wahlgelde zuerst beim Oberstaatsanwalt, dann beim Justizminister Beschwerde eingelegt und die Rückerstattung der Gelder gefordert. Der vielversprechende öffentliche Ankläger behauptete nun, die bloße Rückforderung des konfiszierten Geldes vom Oberstaatsanwalt resp. Minister sei schon eine versuchte Einsammlung vom Ausnahmegegesetz verbotener Beiträge!

Aber es kommt noch besser. Offenbar durch die Thatsache, daß sein Vortrag nach jener Kraftleistung durch kein unaussprechliches Gelächter unterbrochen worden war, ermutigt, schlußfolgerte der Mann in seiner Art weiter und kam dabei zu folgendem großartigen Resultat: Da die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten einen Zustand herbeiführen wollen, der nur durch Umsturz des Bestehenden möglich ist, so ist jede auf die Wahl solcher Personen gerichtete Thätigkeit als eine auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebung aufzufassen und daher durch das Ausnahmegegesetz verboten!

Welch bewundernswürdige Logik! Es wäre wirklich ein schreiendes Unrecht, wenn es der famose Breslauer Staatsanwalt nicht noch zu etwas Bedeutendem brächte, denn in ihm steckt zweifelsohne ein staatsmännisches Talent von immenser Bedeutung. Wie leicht ließe sich nach seinem Rezept die aus den Jagen gegangene Welt wieder einrenken, und die alte Eintracht, Zufriedenheit und Einigkeit wieder herstellen! Denn wenn erst keine sozialdemokratischen Abgeordneten mehr in der Berliner Reichsschwabstube sitzen, dann ist auch die Sozialdemokratie selbst mauertodt, — das ist so klar, daß es nicht nur einem pfiffigen Staatsanwalt, sondern selbst dem dümmsten Spießbürger einleuchtet. Die Reichsregenten mögen sich also das neuerstandene Genie nicht entgehen lassen, schon um ihm ein Anderndes Pfaster auf die Wunde zu kleben, welche ihm das Breslauer Gericht dadurch geschlagen, daß es seine famosen Ausführungen empörender Weise gänzlich unberücksichtigt ließ und den Angeklagten kurzweg freisprach.

Wenn das schon am grünen Holz geschieht, wenn die heute im deutschen Reich allmächtigen Polizeikräfte oft sogar bei den deutschen Gerichten (denen gewiß Niemand sonderliche Schwäche für Freiheit und Sozialdemokratie nachsagen kann) selbst nichts

*) Das interessante Aktenstück lautet (unter Weglassung des Einganges) folgendermaßen:

Beit nach Ansicht des königlichen Bezirksgerichts in der gegenseitigen Unterstützung von Angehörigen der sozialdemokratischen Partei und deren Familien eine Förderung von sozialdemokratischen Bestrebungen der § 16 des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1874 gebotenen Art schon an und für sich und ohne Weiteres nicht geahndet werden kann, hierzu vielmehr noch erforderlich sein würde, daß die betreffenden Unterstützungsbeiträge eine den Bestrebungen der Sozialdemokratie, soweit dieselben speziell den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken, entsprechende Verwendung zu finden bestimmt seien, die Wirkung aber, welche die gegenseitige Unterstützung der Parteigenossen auf die numerische Stärke der Partei zu äußern geeignet ist, abgesehen davon, daß sie nur als eine mittelbare Folge sich darstellt, mit einer Förderung jener speziellen Parteizwecke nicht identifizirt werden kann, daß bei der erfolgten Annahme und Weiterbeförderung der gegenwärtig in Frage stehenden Gelder Seiten Kobitzsch's derselbe weitere, und über die bloße Unterstützung der Parteigenossen zur Fristung ihres und des Lebens ihrer familienmitglieder hinausgehende Zwecke der Sozialdemokratie der vorgedachten Art verfolgt habe, genügender Anhalt nicht gegeben ist, so ist es bei dem nun gedachten Bescheide, durch welchen Eduard Ferdinand Moritz Kobitzsch auf Grund §§ 16 und 20 des Gesetzes vom 21. Oktober 1874 in Verbindung mit der Beschlusse der hiesigen königlichen Polizeidirektion vom 19. November 1878 zu einer Geldbuße von Einhundert fünfzig Mark sowie zur Bezahlung der erwachsenen Unterstützungskosten, insoweit zu Abführung der gesammelten, für verfallen erklärten Gelder an die hiesige Ortsarmenkasse verurtheilt worden ist, auf den dawider erhobenen Einspruch nicht zu lassen, es ist vielmehr Kobitzsch des ihm Beigemessenen halber klug und bezeichnend freizusetzen, auch mit Abforderung der durch die Unterstützung erwachsenen Gerichtskosten zu verfahren, und sind diese vielmehr als Last der Gerichtsbarkeit auf die Staatskasse zu übernehmen.

Dresden, den 2. September 1879.
Das königliche Bezirksgericht:
Dr. Müller. Dr. Franke. Dr. Flügel.

